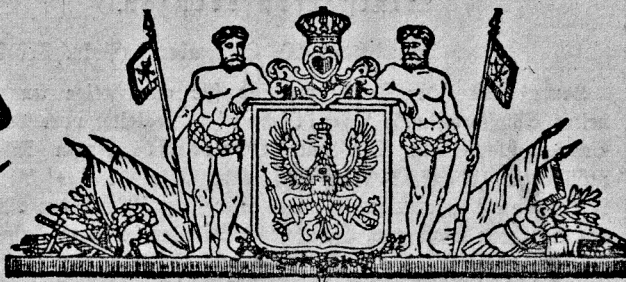


Vossische



Zeitung

5 Mark

Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 8600-3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3636-3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Nach der Kirchenversammlung

Von
Konfessorialrat Alfred Fischer,
Pfarrer an der Jerusalems-Kirche.

Die Verfassung angenommen.

Die Verfassung der „Kirche der altpreußischen Union“, so soll in Zukunft die preußische Landeskirche der älteren Provinzen heißen, ist angenommen und erlassen worden. Das geschah mit nur 125 Stimmen der 144 Mitglieder starken Partei der vereinigten Rechten, während die Linke, die Mitte und die überparteiliche Gruppe mit 78 Stimmen geschlossen sie ablehnten. Unter diesen Ablehnenden waren 7 Generalsuperintendenten, Mitglieder der Kirchenbehörde und eine Reihe theologischer Professoren, also nicht unerhebliche Persönlichkeiten. Diese Ablehnung geschah, weil trotz energischen Widerstandes die Rechte in die Verfassung statt einer einfachen Feststellung der Identität der nun neu verfaßten Kirche mit der bisherigen, eine ausführliche Darlegung einzelner dogmatischer Lehrpunkte unter Aufzählung der altkirchlichen und der reformatorischen Bekenntnisse und der Hervorhebung des Apostolitums in die Verfassung setzten.

Die gutgemeinten Versicherungen, man lege diese Aussage ja vor die Verfassung selbst, die „nachstehend“ erst beginne, und man denke nicht daran, damit eine rechtliche und lehrgeheilige Bindung auszusprechen, genügt der Minderheit nicht; denn die Verfassung ist von der Ueberschrift bis zum Schlüsselpunkt ein Ganzes; alles, was in ihr steht, kann rechtlich verwendet werden. Daß aber eine solche rechtliche und lehrgeheilige Verwendung von Mitgliedern der Rechten beabsichtigt wird, ist unmißverständlich nicht nur im Wahlkampf, sondern auch in der ersten großen Rede des Generalsuperintendenten Dr. Böllner ausgesprochen worden. Die Verwendung liegt in den Händen der künftigen Majorität der Synoden, für deren Gesinnung und Wille die jetzige Mehrheit nicht gutsagen kann, für deren Sicherung aber in den Händen der Orthodogie dieselbe Mehrheit in dritter Lesung die bereits angenommene Vorlage für die Wahlen der Generalsynode verschlechterte. Während in der zweiten Lesung sich eine Mehrheit fand für eine Wahl zur Generalsynode aus den Gemeindeförperschaften, hatten die Führer der Rechten bis zur dritten Lesung ihre Gruppen zusammengerafft und setzten die Wahlen zur Generalsynode aus den Provinzialsynoden (Siebelsystem) wieder durch.

Damit ist es den Minderheiten aufs äußerste erschwert, in der Generalsynode eine ansehnliche Vertretung zu erhalten. Neben dem Bekenntnis war es diese Entrechtung der Gemeindeglieder, die zur Ablehnung der Verfassung zwang. Mit nur zwei Stimmen Mehrheit gelang es einem im letzten Augenblick von der Mehrheit der Rechten gemachten Versuch abzuschlagen, als Vorsitzenden des Kirchenrats, also an die Spitze der Landeskirche einen Geistlichen auf Lebenszeit — den kommenden Landesbischof — zu setzen. Hier erhob sich aufs neue der Versuch, den Episcopalismus in die größte deutsche evangelische Landeskirche einzuführen, der, in der Form, die Generalsuperintendenten zu Bischöfen zu erheben, nach zehnjährigem Knebelkampf in vertraulicher Sitzung abgewiesen worden war.

Wir sehen deutlich die Gefahren, die der nun neuerfaßten Volkskirche drohen: dauernde Verfestigung orthodoxer Mehrheits-herrschaft, in dieser Mehrheit unevangelische Autoritätsherrschaft, Behandlung des Kirchenvolkes als Objekt autoritativer Seelsorge und innerer und äußerer Führung durch eine orthodoxe Minderheit. Denn darin hat Dr. Kahl völlig recht: wenn die 78 den Lehrgang und die Verfestigung der Orthodogie Ablehnenden die Minderheit in der Kirchenversammlung waren, draußen im Lande haben sie die Mehrheit! Die kommende Generalsynode wird durch die Kirchenwahlen und die Wahlen zu den Provinzialsynoden zustande kommen. Sie wird die Befehle schaffen, die Verfassung durchzuführen, in ihr muß jene „Mehrheit im Lande“ sich Sitz und Stimme sichern, das wird geschehen durch Anschluß an die kirchlich-liberalen Organisationen (Protestantenverein, Berlin NW 65, Reinickendorfer Straße 59) durch Betätigung am Gemeindeleben, durch Stimmabgabe bei den Wahlen.

Die Vorgänge auf der Kirchenversammlung haben es erwiesen, daß die vereinigte Rechte keine geschlossene Größe mehr ist. Die erfreuliche Energie, mit der die Mittelpartei sich für das Recht der Minderheit einsetzte, gibt den kommenden Kämpfen und Verhandlungen für eine freiheitliche Entwicklung gute Aussichten. Niemand soll sich durch das Ergebnis der Kirchenversammlung entmutigen und verärgern lassen, wir Freigesinnten wollen und werden für unser Recht und unsere Freiheit entschlossen arbeiten und festen Zusammenschluß wahren.

Der abgelehnte Hearst.

Der amerikanische Zeitungsfürst Hearst, der seit langer Zeit darum bemüht war, für ein hohes Staatsamt kandidiert zu werden, wurde, wie uns aus New York gemeldet wird, von der Konvention der demokratischen Partei des Staates New York als Kandidat für den Posten des Gouverneurs abgelehnt.

Angoras provisorische Antwort.

Konstantinopel und ganz Thrazien gefordert.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

c London, 30. September.

Reuter meldet, daß Nachrichten zufolge, die aus Smyrna vorliegen, die Antwort der Regierung von Angora auf die Note der Alliierten folgendermaßen ausfallen werde:

„Die Regierung nimmt mit Freuden von dem Wunsch der Alliierten, an einer Konferenz teilzunehmen, Kenntnis, aber nur unter der Bedingung, daß Konstantinopel, sowie Ost- und Westthrazien wieder der Türkei zurückgegeben werden würden. Die Regierung von Angora wird weiter gern dem Wunsch der Alliierten entsprechen, mit ihnen in Mudania zusammenzutreten, um die Grundlage zu der zukünftigen Friedenskonferenz zu legen.“

Diese Beschlüsse wurden den Alliierten übermittelt unter der Bedingung, daß die große Nationalversammlung von Angora sie ratifiziere.

Die Agentur Reuter meldet weiter, daß in Beantwortung der Note des Generals Harrington vom letzten Mittwoch Kemal-Pascha erklärt habe, daß seine Truppen strengen Befehl hätten, nicht weiter vorzurücken. Kemal-Pascha versicherte weiter, daß er keinerlei Zwischenfälle herbeiführen wolle und fügte hinzu, daß er die erste Gelegenheit ergreifen werde, um eine Zusammenkunft mit General Harrington zu haben.

Trotz dieser hier vorliegenden Reutermeldungen hält man die Lage in amtlichen Kreisen für äußerst ernst. Die Antwort Mustafa-Kemals auf die Note des Generals Harrington wird von der englischen Regierung als ungenügend betrachtet. Der englische Ministerrat machte dem englischen Oberkommando in Konstantinopel, Sir Horatio Kumbold, sowie dem General Harrington die Mitteilung, daß sie die volle Unterstützung der Regierung hätten, wenn sie den sofortigen Rückzug der kemalistischen Truppen aus der neutralen Zone forderten. Die von Harrington ursprünglich gestellten Forderungen sollten wiederholt werden.

Sir Edward Grigg, der erste Sekretär Lloyd Georges, empfing gestern Abend Pressevertreter, um ihnen den Ernst der Lage zu schildern und ihnen mitzuteilen welche Aufträge General Harrington überlassen wurden. Auf die Frage eines Journalisten, ob man die neue Note Harringtons an Kemal als Ultimatum betrachten könne, erwiderte Grigg: „Nennen Sie dies, wie Sie wollen.“ General Harrington habe das Recht, das Ultimatum an Kemal — und von einem solchen müsse zweifellos gesprochen werden — in derjenigen Form zu redigieren, die ihm selbst gut scheine, sowie den kemalistischen Truppen soviel Zeit zum Rückzug zu gewähren, wie er sie für geeignet halte.

Es sei keine Rede davon, daß die französische Regierung aufgefordert würde, sich an etwaigen Maßnahmen gegen die Türken zu beteiligen, aber, falls es zu kriegerischen Maßnahmen komme, würde das französische Kabinett auch nicht vorher befragt, sondern die Tatsache würde ihm einfach mitgeteilt werden. Grigg erklärte ausdrücklich, daß an Mustafa Kemal zwar eine Kollektivnote Englands, Frankreichs und Italiens abgegeben sei, die militärische Frage in der neutralen Zone jedoch ausschließlich von den Engländern zu regeln wäre. Bisher bestehe keine Absicht, das englische Parlament einzuberufen. Dies würde aber sofort geschehen, wenn ein Krieg mit der Türkei ausbräche. Alle Mitglieder des englischen Parlaments seien gebeten worden, nach London zu kommen, damit man, sobald es notwendig werde, eine Vollversammlung einberufen könne.

Die Beurteilung der Lage ist hier so pessimistisch, daß man überzeugt ist, daß man nicht weit vom Ausbruch der Feindseligkeiten entfernt ist. Die Türken scharen sich fortgesetzt um Ischanal. Dies ist ein Zustand, der hier als so gefährdend angesehen wird, daß von neuem Instruktionen an die Oberste Heeresleitung abgegeben sind, wonach sie Kemal Pascha endgültig aufforderte, in einem gewissen Zeitraum die Truppen aus der Zone zurückzuziehen. Die Lösung der Orientfrage ist also in die Hände der Soldaten übergegangen. Wenn die Türken sich weigern sollten zurückzugehen, wird es zu Feindseligkeiten kommen.

Falls dies eintreten sollte, so wäre, wie man hier betont, dies nur ein Wiederaufleben des Zustandes am Vorabend des Waffenstillstandes mit der Türkei. Man ist also hier der Ansicht, daß es

keiner offiziellen Kriegserklärung bedürfe, da die Beziehungen Englands zu der Türkei durch die Waffenstillstandsbedingungen geregelt seien. Die Anwesenheit kemalistischer Truppen in der neutralen Zone sei an und für sich als eine Verletzung obiger Waffenstillstandsbedingungen zu betrachten.

Der „Daily Chronicle“ meint, daß die britische Regierung bereits längst bewiesen habe, daß sie keineswegs Angriffsabsichten gegen die Türkei habe. Was aber das Verbot an die Türkei anlangte, aus Asien mit Truppen nach Europa überzugehen, so sei die britische Regierung fester denn je entschlossen, darauf zu bestehen.

Litwinow über Rußland und die Türkei.

Der russische Diplomat Litwinow ist gestern in Berlin ein- getroffen und hat unserem Mitarbeiter Prof. Ludwig Stein zu nachfolgender Erklärung ermächtigt:

Rußland hat großes Interesse daran, daß der Krieg im Osten vermieden wird und die Sowjetregierung wird alles daransetzen, ihren Einfluß im Sinne einer friedlichen Beilegung des Konfliktes geltend zu machen. Das alles kann aber nur in dem Fall geschehen, wenn die Großmächte das vitale Interesse Rußlands an dieser Frage anerkennen. Rußland kann sich unmöglich an einer solchen Lebensfrage, wie es der Bosphorus ist, politisch desinteressieren. Es muß vielmehr mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, für die Anerkennung seines Interesses am Bosphorus und für seine Beteiligung an der Lösung dieser Frage eintreten. Die Vereinbarung zwischen England, Frankreich und Italien, die in Paris getroffen worden ist, hat objektiv betrachtet dazu beigetragen, daß die Krise sich schärfer zuspitzt hat, denn die beteiligten Mächte können bei der endgültigen Regelung der Bosphorusfrage unmöglich übergangen werden. Zwischen Moskau, Charlow und Angora herrscht über diesen Punkt volles Einvernehmen. Wir zweifeln nicht daran, daß Kemal Pascha dem russisch-türkischen Vertrag treu bleiben wird. Der Sache des Friedens wird nur gedient, wenn Rußland schon in dieser Phase der Krise zu tätiger Anteilnahme herangezogen wird.

Englands Kriegsbereitschaft.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 30. September.

Die nachts eingelaufenen Meldungen aus London bestätigen hier den Eindruck, daß England es wirklich auf einen Krieg mit der Türkei ankommen lassen wird. Die meisten Pariser Morgenblätter erklären einen englisch-türkischen Zusammenstoß für unvermeidlich und machen Lloyd George für die Verschlimmerung der Lage verantwortlich.

Der „Matin“ spricht von der „verbrecherischen Eitelkeit“ des englischen Premierministers, dessen Politik unangenehme Folgen haben könne. Das Blatt bezeichnet den Beschluß des englischen Kabinetts, den Türken zuzumuten, nicht nur die Zone von Ischanal, sondern auch den Südoften des Marmarameeres und die Gegend von Semid zu räumen, als eine englische Herausforderung zum Kriege.

Philipp Millet berichtet im „Petit Parisien“, daß England in Paris eine Note überreichen ließ, in der es unter Berufung auf den interalliierten Beschluß vom 29. Juli die Entsendung von verbündeten Truppen nach dem Südoften des Marmarameeres beantragt. Millet glaubt, daß Frankreich diesen Antrag mit Hinweis auf das bekannte Gutachten des Marschalls Foch ablehnen wird, und meint weiter, daß Frankreich versuchen wird, die Zurückziehung der türkischen Truppen aus der neutralen Zone von Ischanal gegen gleichzeitige Zurückziehung der englischen Truppen auf das europäische Ufer zu erreichen.

Hervé schreibt in der „Victoire“ in einem Artikel mit der Ueberschrift „Der Traum“, daß die Lage im Osten gar nicht so schlimm sei und keinesfalls tragisch genommen werden dürfe. Lardieu, von dem die extremnationalistische Rechte neuerdings abgerückt ist, weil er angeblich zu viel Verständnis für die englischen Forderungen hat, läßt in seinem „Echo National“ den Standpunkt vertreten, daß die französische Regierung nicht das Recht habe, England die Schuld an der Zuspitzung der Lage im Orient zuzuschreiben. Das Blatt ist der Ansicht, daß Frankreich schwere Verantwortung trägt, weil es den türkischen Nationalismus ermutigt habe. Das Blatt behauptet, am Quai d'Orsay sei man gestern Abend recht kleinlaut gewesen, weil Franklin Bouillon nicht, wie man gestern gehofft hatte, von Smyrna bindende Zusagen